



Regierungspläne sind halbherzig

Pressemitteilung von Kathrin Vogler, 28. April 2010

„Die Pläne der Bundesregierung zur Eindämmung der Arzneimittelkosten klingen gut, sind aber unzureichend und halbherzig“, kommentiert Kathrin Vogler die heute vom Bundeskabinett gebilligten Eckpunkte zu den Arzneimittelkosten. Die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses erklärt weiter:

„Rabatte und Preisstopp klingen zwar gut und die Kassen sparen damit kurzfristig eine Milliarde Euro ein, die Pharma-Multis können sich jedoch leicht schadlos halten, da neue Pillen nicht vom Preisstopp betroffen sind. Die Hersteller können einfach von vornherein 20 Prozent mehr verlangen und die 16 Prozent Zwangsrabatt somit locker wettmachen.

Zudem plant die Bundesregierung, dass die Hersteller die Preise für neuartige Medikamente im ersten Jahr nach Zulassung weiterhin willkürlich festlegen dürfen. Dieses eine Jahr, in dem die Hersteller astronomische Preise verlangen können, belastet die Versichertengemeinschaft enorm: Wenn die Industrie pro Patient beispielsweise 60.000 Euro an jährlichen Behandlungskosten für ein neues Krebsmittel

verlangt, haben die Kassen das ohne Murren zu bezahlen, egal, ob der Preis angemessen ist oder nicht.

DIE LINKE fordert ein Arzneimittelwerbeverbot und eine Zügelung der 20.000 Pharmavertreter, damit die Pharma-Multis die Verordnungszahlen nicht nach oben schnellen lassen können. Für die Kassen wird es am Ende nicht billiger, wenn der Preis für ein Medikament zwar um die Hälfte reduziert, dafür aber doppelt so viel davon verordnet wird.“